

Juli 2026

Länderbericht

Auslandsbüro Mexiko



Kuba 2026

Humanitäre Krise, Druck der USA und die Zukunft des kubanischen Regimes

Johannes Hügel/Nikolaus Rischbieter¹

Kuba befindet sich an einem historischen Wendepunkt. Die sozialistische Wirtschaftsordnung der Linksdiktatur ist heute so dysfunktional wie nie zuvor und nach dem weitgehenden Wegfall ihrer externen Unterstützung aus Venezuela kaum noch überlebensfähig. Zugleich erreicht die humanitäre Krise ein bislang unbekanntes Ausmaß, während der Druck der USA auf das Regime stetig zunimmt. Während Washington auf einen politischen Wandel auf der Insel hinarbeitet, kämpft ein Großteil der kubanischen Bevölkerung um das tägliche Überleben. Ob das Regime dem wachsenden inneren und äußeren Druck weiterhin standhalten kann oder Kuba vor einem grundlegenden politischen Wandel steht, dürfte zu einer der entscheidenden Fragen der kommenden Monate werden.

Kuba am historischen Wendepunkt

Das Jahr 2026 könnte sich als Wendepunkt in der jüngeren Geschichte Kubas erweisen. Es treffen eine beispiellose wirtschaftliche und humanitäre Krise, der weitgehende Wegfall externer Unterstützung und ein verschärfter Druck der USA zeitgleich aufeinander. Entsprechend ist Kuba seit Anfang 2026 wieder verstärkt Gegenstand außenpolitischer Debatten, insbesondere in Washington. Auslöser hierfür ist vor allem die veränderte strategische Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik. US-Präsident Trump hat mehrfach deutlich gemacht, dass seine Administration einen grundlegenden politischen Wandel in Kuba anstrebt. Seit Beginn des Jahres verfolgen die USA daher eine Strategie des maximalen wirtschaftlichen und politischen Drucks, um die kubanische Führung zu weitreichenden Zugeständnissen zu bewegen.

Entscheidend verschärft wurde die Lage durch die Geschehnisse im Kontext des US-Eingriffs in Venezuela zu Jahresbeginn. Seitdem sind die für Kubas Energiesystem überlebenswichtigen venezolanischen Öllieferungen weggefallen. Diese machten zuvor mehr als 60 Prozent der kubanischen Ölimporte aus. Parallel dazu hat Washington die Sanktionen gegen Unternehmen und Nationen ausgeweitet, die das kubanische Regime weiterhin unterstützen. Ziel ist, die wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielräume Havannas so einzuschränken, dass die Führung zu einem politischen und wirtschaftlichen Übergang bereit ist.² Aus Sicht Washingtons sollen mit einem Wandel die Öffnung der kubanischen Wirtschaft, die Freilassung politischer Gefangener, Investitionsmöglichkeiten für amerikanische Unternehmen sowie langfristig der Übergang zu einer Regierung erreicht werden, die gegenüber den USA einen kooperativen Kurs

¹ Johannes Hügel ist der Leiter des KAS-Auslandsbüros in Mexiko, Nikolaus Rischbieter ist Trainee der KAS in Mexiko.

² Bis Januar 2026 bezog Kuba rund 60 % seiner Ölimporte aus Venezuela; der Rest stammte weitestgehend aus Russland, Mexiko und heimischer Förderung. Zwischen Februar und Juni 2026 brachen die internationalen Lieferungen infolge der US-Intervention in Venezuela und der verschärften US-Sanktionen nahezu vollständig weg. Lediglich ein russischer Öltanker erreichte in diesem Zeitraum die Insel.

verfolgt. Ob dieser Wandel mit Teilen des bestehenden Regimes oder nach dessen weitgehender Ablösung erfolgen soll, scheint innerhalb der Trump-Administration bislang nicht abschließend geklärt zu sein.

Die amerikanische Kuba-Politik ist dabei Teil einer breiteren außenpolitischen Strategie, die innerhalb der Trump-Administration vielfach als Rückkehr zu einer modernisierten Monroe-Doktrin³ verstanden wird. Kuba gilt dabei als einer der letzten autoritären Gegenspieler der USA in Lateinamerika. Anders als Venezuela verfügt Kuba über eine bemerkenswert geschlossene Machtstruktur. Die politische Macht liegt nicht allein bei Präsident Díaz-Canel, sondern in einem eng verflochtenen Netzwerk aus Kommunistischer Partei, Streitkräften, Sicherheitsapparat und wirtschaftlichen Akteuren. Eine zentrale Rolle spielt dabei das militärnahe Konglomerat GAESA⁴, das die wichtigste wirtschaftliche Machtbasis des Regimes bildet. Eine besondere Rolle kommt vor allem dem ehemaligen Präsidenten Raúl Castro zu, der trotz seines hohen Alters erheblichen Einfluss auf die strategischen Entscheidungen der Führung ausübt. Auch Washington betrachtet Castro weiterhin als zentralen Machtfaktor in Havanna; seine Verurteilung durch ein US-Gericht im Mai 2026 unterstreicht, dass sich der amerikanische Druck weiterhin auch gegen ihn richtet.

Die gegenwärtige Politik Washingtons deutet darauf hin, dass die USA zunächst an ihrer Strategie des maximalen wirtschaftlichen und politischen Drucks festhalten werden. Man will darauf hinwirken, die Kosten des Machterhalts für die kubanische Führung so weit zu erhöhen, dass Teile der Machtelite zu einem geordneten politischen Übergang bereit sind. Aus amerikanischer Sicht bietet dieser Ansatz erhebliche Vorteile: Er würde es ermöglichen, zentrale staatliche Strukturen zu erhalten, schrittweise wirtschaftliche und politische Reformen einzuleiten und gleichzeitig die Risiken eines abrupten Staatszerfalls oder einer militärischen Intervention zu vermeiden. Erste Reaktionen des kubanischen Regimes deuten darauf hin, dass die Strategie Washingtons durchaus Wirkung entfaltet. Im Juni 2026 beschloss die kubanische Führung Wirtschaftsreformen, die noch vor wenigen Monaten als kaum vorstellbar galten. Erstmals seit Jahrzehnten öffnete die kommunistische Führung zentrale Bereiche der bislang strikt staatlich kontrollierten Wirtschaft für private Akteure und ausländisches Kapital. Washington wertete diese Maßnahmen jedoch nicht als grundlegenden Kurswechsel, sondern lediglich als begrenzte Zugeständnisse, mit denen Havanna Zeit gewinnen und den amerikanischen Druck entschärfen wolle.

Ob diese ersten Zugeständnisse den angestrebten politischen Wandel einleiten, bleibt jedoch offen. Die Geschichte Kubas zeigt, dass wirtschaftlicher Druck allein bislang nicht ausgereicht hat, um das Regime zu Fall zu bringen. Gleichzeitig befindet sich Kuba heute in einer deutlich tieferen wirtschaftlichen und humanitären Krise als in früheren Jahrzehnten, während der Druck aus Washington größer ist als jemals zuvor. Sollte die bisherige Strategie in den kommenden Monaten keine weiteren spürbaren Ergebnisse erzielen, dürfte innerhalb der Trump-Administration der Ruf nach weitergehenden Maßnahmen zunehmen. Präsident Trump hat eine militärische Intervention gegen Kuba wiederholt als eine Möglichkeit erwähnt. Außerdem dürften sich die außenpolitischen Prioritäten Washingtons mit einem abnehmenden Fokus auf den Iran wieder stärker auf die westliche Hemisphäre verlagern. Kuba könnte dadurch erneut in den strategischen Fokus der USA rücken. Vor diesem Hintergrund und angesichts der bislang nur begrenzten Erfolge der Strategie des wirtschaftlichen und politischen Drucks erscheint eine militärische Option heute realistischer denn je.

Die Bevölkerung im Überlebenskampf

Die eigentlichen Leidtragenden sind die Kubaner, die weiterhin auf der Insel leben. Die gegenwärtige humanitäre Krise hat dabei ihre primären Ursachen in der jahrzehntelangen

³ Unter der modernisierten Monroe-Doktrin, auch Donroe-Doktrin genannt, wird die strategische Ausrichtung verstanden, den amerikanischen Einfluss in der westlichen Hemisphäre wieder zu stärken und den Einfluss geopolitischer Rivalen in der Region zurückzudrängen.

⁴ GAESA (Grupo de Administración Empresarial S.A.) ist das wirtschaftliche Konglomerat der kubanischen Streitkräfte und kontrolliert zentrale Bereiche der kubanischen Wirtschaft, darunter Tourismus, Handel und Devisengeschäfte; US-Außenminister Marco Rubio machte GAESA im Mai 2026 ausdrücklich für die Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage der kubanischen Bevölkerung mitverantwortlich.

sozialistischen Wirtschafts- und Staatspolitik des kubanischen Regimes, deren strukturelle Defizite durch den Wegfall der venezolanischen Unterstützung und den zunehmenden Druck aus Washington verschärft wurden. Für einen Großteil der Bevölkerung ist der Alltag inzwischen zu einem existenziellen Überlebenskampf geworden. Anders als frühere Krisen erfasst die aktuelle Entwicklung alle gesellschaftlichen Bereiche gleichzeitig und hat eine Situation geschaffen, die von vielen Kubanern als die schwerste Krise seit Jahrzehnten wahrgenommen wird.

Lebensmittelversorgung und Armut

Die Versorgung mit Lebensmitteln stellt für viele Kubaner inzwischen die größte Herausforderung des Alltags dar. Das staatliche Rationierungssystem, das die Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellen soll, erfüllt diese Funktion längst nicht mehr. Die ausgegebenen Lebensmittel reichen häufig nur für wenige Tage im Monat. Für nahezu alle weiteren Produkte sind die Menschen auf private Märkte angewiesen. Dort sind die Preise aufgrund der hohen Inflation und der äußerst geringen Durchschnittslöhne für die meisten Kubaner unerschwinglich. So kostet ein Kilogramm Mehl inzwischen rund 14 Euro, für 30 Eier müssen umgerechnet etwa 110 Euro bezahlt werden.⁵

Vertreter der kubanischen Zivilgesellschaft beschreiben die Lage übereinstimmend als existenzbedrohend. Der staatliche Durchschnittslohn reiche kaum noch zum bloßen Überleben aus, viele Familien lebten in tiefster Armut. Unabhängige Studien zeichnen ein ähnliches Bild. Demnach leben mittlerweile mehr als 90 Prozent der kubanischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze.⁶ Andere Erhebungen gehen davon aus, dass rund 97 Prozent der Bevölkerung keinen uneingeschränkten Zugang zu Nahrungsmitteln haben.⁷ Hunger ist für einen Großteil der Bevölkerung längst Teil des Alltags. Während Kubaner mit Angehörigen im Ausland zumindest teilweise durch Geldüberweisungen oder Lebensmittellieferungen unterstützt werden, sind viele Haushalte ausschließlich auf staatliche Löhne oder Renten angewiesen, deren Kaufkraft in den vergangenen Jahren dramatisch gesunken ist.

Ebenso dramatisch stellt sich die Lage im Gesundheitswesen dar. Nach Angaben der WHO waren zuletzt lediglich 30 Prozent der als essenziell eingestuften Medikamente auf der Insel verfügbar und selbst diese sind für große Teile der Bevölkerung kaum bezahlbar. Das einst international gerühmte kubanische Gesundheitssystem kann seinen Versorgungsauftrag nicht mehr erfüllen.

Stromversorgung und Energiekrise

Kubaner sind bereits seit Jahren an regelmäßige Stromausfälle gewöhnt, doch das Ausmaß der aktuellen Energieengpässe übertrifft alles, was die Insel in den vergangenen Jahrzehnten erlebt hat. Das kubanische Elektrizitätssystem war bislang zu rund 85 Prozent von Öl abhängig. Nachdem die venezolanischen Lieferungen, die zuvor knapp 60 Prozent der Ölimporte ausmachten, vollständig weggefielen und Mexiko auf Druck der USA seine Exporte nach Kuba einstellte, ist das ohnehin marode Stromnetz faktisch kollabiert. In weiten Teilen des Landes steht den Menschen durchschnittlich nur noch rund eine Stunde Strom innerhalb von 24 Stunden zur Verfügung. Für viele Kubaner gehören Stromausfälle von mehr als 72 Stunden inzwischen zum Alltag. Selbst in der Hauptstadt Havanna sind tägliche Abschaltungen von über zwanzig Stunden oder Stromausfälle über zwei aufeinanderfolgende Tage längst keine Seltenheit mehr.⁸

Die Folgen betreffen nahezu alle Lebensbereiche. Lebensmittel verderben mangels Kühlung, Wasserpumpen fallen aus, Mobilfunknetze funktionieren nur eingeschränkt und Unternehmen

⁵ Vgl. [Crisis en Cuba: Colapsa la libreta de racionamiento y falta comida- Grupo Milenio](#).

⁶ Die Armutsgrenze wird in der Studie dahingehend definiert, dass das Einkommen eines Haushalts nicht mehr ausreicht, um die grundlegenden Lebensbedürfnisse zu decken. Vgl. [VIII Estudio sobre Derechos Sociales: Extrema pobreza en Cuba es del 89% y la intención de emigrar, del 78% - Observatorio cubano de derechos humanos](#).

⁷ Vgl. Analysen des Food Monitor Programs [Nota de Prensa \(List\) | Food Monitor Program](#).

⁸ In Kuba besteht ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle. Havanna wird bei der Verteilung knapper Ressourcen wie Strom, Lebensmitteln, Medikamenten und Treibstoff traditionell bevorzugt, während die Versorgung in den übrigen Landesteilen deutlich schlechter ausfällt.

müssen ihre Tätigkeit einstellen. Auch Krankenhäuser leiden unter der unzuverlässigen Stromversorgung. Notstromaggregate stehen nur in begrenzter Zahl zur Verfügung, sodass selbst lebensnotwendige medizinische Behandlungen verschoben werden oder ganz ausfallen müssen. Gleichzeitig ist der öffentliche Verkehr in vielen Regionen stark eingeschränkt oder vollständig zum Erliegen gekommen, da es an Treibstoff fehlt.

Die Auswirkungen der Krise sind inzwischen sogar aus dem All sichtbar. Satellitenaufnahmen der Karibik zeigen Kuba in weiten Teilen nahezu vollständig im Dunkeln. Besonders dramatisch ist die Situation, weil sich die Energiekrise während der heißen Sommermonate weiter zuspitzt. Klimaanlage, Ventilatoren und Kühlschränke wären für viele Menschen überlebenswichtig, können jedoch aufgrund der fehlenden Stromversorgung meist nicht genutzt werden.

Repression und Stimmung in der Bevölkerung

Die dramatische humanitäre Lage hat die politische Stimmung in der Bevölkerung in den vergangenen Jahren spürbar verändert. Nach unabhängigen und repräsentativen Umfragen wünschen sich inzwischen rund 77 Prozent der Kubaner einen Übergang zu einer Marktwirtschaft und einer liberalen Demokratie. Gleichzeitig würden mittlerweile über 60 Prozent der Bevölkerung eine Intervention der USA und einen Sturz des Regimes begrüßen.⁹ Aus Sicht vieler Kubaner kann sich ihre Lebenssituation kaum noch weiter verschlechtern; mit einem politischen Umbruch verbinden sie die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Während die Unzufriedenheit mit dem Regime schon seit Jahren hoch ist, hat die sich weiter verschärfende humanitäre Krise die Zustimmung zu einer militärischen Intervention der USA deutlich erhöht.

Dennoch führt diese Unzufriedenheit bislang nicht zu landesweiten Massenprotesten. Lokale Proteste nehmen allerdings zu. So wurde vor einigen Monaten ein örtliches Parteibüro in Brand gesetzt. Daneben kommt es immer wieder zu spontanen Unmutsbekundungen, bei denen Menschen mit Haushaltsgegenständen auf den Straßen Lärm machen, um auf ihre Notlage aufmerksam zu machen. Dass sich daraus bislang keine landesweite Protestbewegung entwickelt hat, hat vor allem zwei Gründe. Zum einen sind viele Kubaner vollständig mit ihrem täglichen Überlebenskampf beschäftigt. Die Suche nach Lebensmitteln, Medikamenten oder Strom lässt vielen Menschen weder Zeit noch Kraft für politischen Widerstand. Zum anderen funktioniert der Repressionsapparat des Regimes weiterhin äußerst effektiv. Bereits kleinere Proteste werden konsequent unterdrückt und die zahlreichen politischen Gefangenen, die unter unmenschlichen Bedingungen in kubanischen Gefängnissen festgehalten werden, schrecken viele Menschen davon ab, sich offen gegen das Regime zu stellen.

Eine Form des Protests gibt es jedoch seit Jahren. Viele Kubaner stimmen mit den Füßen ab und verlassen das Land. Seit 2019 haben rund drei Millionen der insgesamt etwa elf Millionen Einwohner Kuba verlassen, überwiegend junge Menschen. Zurück bleibt eine alternde Bevölkerung, wodurch sich die wirtschaftlichen Probleme der Insel zusätzlich verschärfen.

Der auf Kuba lebende Oppositionelle Boris González Arenas beschreibt die allgegenwärtige Repression mit eindringlichen Worten:

„Wir gehen jeden Abend schlafen und wachen jeden Morgen auf, ohne zu wissen, wer der Nächste sein wird, der ins Gefängnis kommt; wo der nächste soziale Protest ohne Rücksicht auf das Alter der Demonstrierenden niedergeschlagen wird; welcher politische Gefangene aufgrund von Hunger, fehlenden Medikamenten oder Gewalt durch Gefängniswärter sterben wird.“

Zukunft Kubas

Ob und wann es zu einem politischen Wandel auf Kuba kommen wird, lässt sich derzeit nicht verlässlich vorhersagen. Sollte es jedoch in den kommenden Monaten zu einem Regimewechsel kommen, würde dies keineswegs automatisch den Übergang zu einer liberalen Demokratie

⁹ Vgl. [El Toque](#).

bedeuten. Der Sturz des autoritären Regimes würde lediglich den Beginn eines langwierigen Transformationsprozesses bedeuten, dessen Ausgang keineswegs vorgegeben ist.

Nach mehr als sechs Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft fehlen auf Kuba heute viele der institutionellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die einen demokratischen Wandel tragen könnten. Unabhängige Parteien, freie Medien, eine starke Zivilgesellschaft oder autonome Gewerkschaften existieren kaum oder wurden über Jahrzehnte systematisch geschwächt. Hinzu kommt, dass es derzeit keine landesweit organisierte demokratische Opposition gibt, die kurzfristig politische Verantwortung übernehmen könnte. Ein plötzlicher Machtwechsel würde daher zunächst ein politisches und institutionelles Vakuum hinterlassen.

Eine Schlüsselrolle dürfte in einem solchen Transformationsprozess die kubanische Diaspora einnehmen. Millionen Kubaner leben heute vor allem in den USA und verfügen über Kapital, unternehmerische Erfahrung sowie internationale Netzwerke. Viele Exilkubaner möchten langfristig in ihre Heimat investieren und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes beitragen. Gleichzeitig ist die Diaspora fragmentiert und verfolgt unterschiedliche Vorstellungen über den zukünftigen Kurs Kubas. Auch sie wird zunächst gemeinsame Perspektiven für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes entwickeln müssen.

Langfristig wird der Erfolg eines politischen Übergangs entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, tragfähige demokratische Institutionen aufzubauen. Freie Wahlen allein werden dafür nicht ausreichen. Erforderlich sind ebenso eine unabhängige Justiz, rechtsstaatliche Institutionen, freie Medien, politische Parteien sowie eine aktive Zivilgesellschaft. Darüber hinaus wird die gesellschaftliche Versöhnung eine Rolle spielen. Nach Jahrzehnten politischer Polarisierung kann ein demokratisches Kuba nur dann dauerhaft stabil sein, wenn es gelingt, Brücken zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu bauen und ehemalige Gegner in einen gemeinsamen politischen Zukunftsprozess einzubinden.

Die kommenden Monate und Jahre dürften daher zu den entscheidendsten seit dem Ende des Kalten Krieges gehören. Kuba befindet sich an einem historischen Wendepunkt. Ob daraus ein demokratischer Neuanfang hervorgeht, wird nicht nur von den Entscheidungen der politischen Führung in Havanna und Washington abhängen. Deutschland und die EU sollten dabei die systematischen Menschenrechtsverletzungen des kubanischen Regimes klar benennen und ihre Kuba-Politik konsequent an den Grundsätzen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten ausrichten. Dabei sollte die EU das Politische Dialog- und Kooperationsabkommen mit Kuba weiter nutzen, dessen menschenrechtliche Bestimmungen konsequent einfordern und die unabhängige kubanische Zivilgesellschaft stärker in die Umsetzung einbeziehen. Sollte es zu einem politischen Wandel kommen, können Deutschland und die EU einen wichtigen Beitrag beim Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen, einer demokratischen politischen Kultur und einer aktiven Zivilgesellschaft leisten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Johannes Hügel
Leiter Auslandsbüro Mexiko
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/mexiko

johannes.huegel@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)